



Datum

03.12.2007

Nummer

Haushalt

Redaktion

-CS-

Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher, erklärt:

Der Haushalt 2008/2009 - eine politikfreie Zone

Das Resultat der Haushaltsberatungen ist mager. Rot-Rot vertagt überfällige Entscheidungen, unterlässt Investitionen in Bildung und Klimaschutz und trifft keine Vorsorge für die Kosten der Risikoabschirmung.

Es fehlen Strukturreformen, die zu Einsparungen oder Umschichtungspotential für Finanzierungsschwerpunkte führen könnten. Die Kostenstrukturen bleiben wie sie waren, und die in der Folge eingehenden Rechnungen werden schlicht bezahlt.

Die Schuldentilgung 2008 beruht auf einem rechtswidrigen Buchungstrick von Rot-Rot. 723 Millionen Euro aus dem Bankverkauf wurden am Haushalt 2007 vorbei in den Haushalt 2008 geschleust. Ohne diese Einnahme aus der Stillen Einlage wäre der Plan mit 192 Millionen Euro im Minus.

Auch 2009 ist der Haushalt nur durch Vermögensverkäufe ausgeglichen. Ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt, in dem die regulären Einnahmen die laufenden Ausgaben decken, ist nicht in Sicht.

Das Parlament dankt ab

Haushaltsrecht ist Königsrecht. Ziel von gewählten Abgeordneten muss es sein, den Senat an der kurzen Leine zu führen. Haushaltsplan und Kreditermächtigungen sind realistisch zu veranschlagen, damit sich der Senat zusätzliche Ausgaben vom Abgeordnetenhaus genehmigen lassen muss. In Berlin passiert seit Regierungsantritt von SPD und Linkspartei das glatte Gegenteil.

Obwohl ausgeglichene Haushalte vorgesehen sind, kann der Senat bei den Kreditermächtigungen im Bedarfsfall aus dem Vollen schöpfen. Wenn er wollte oder müsste, könnte der Senat 2008 Kredite bis zu 6,6 Milliarden Euro aufnehmen, ohne das Abgeordnetenhaus zu fragen. Das ist irrwitzig. Dennoch weigert sich Rot-Rot, das „Notstandsarsenal“ aus den Jahren ständiger Liquiditätskrisen zurückzunehmen und zum Normalzustand zurückzukehren.

Kreditermächtigungen	2008	2009	Grüne 08*	Grüne 09*
Restkreditermächtigungen aus Vorjahren	1.154	1.154	Sperre	Sperre
Kreditermächtigungen 08/09	0	0	0	0
Kassenkredite (Senat 12%, Grüne 8%)	2.701	2.685	1.662	1.652
Vorgriffsermächtigungen	416	413	streichen	streichen
Zwischensumme	4.270	4.252	1.662	1.652
Inneres Darlehen per 31.12.2007	2.377	559	Sonderverm.	Sonderverm.
Gesamt	6.647	4.811	1.662	1.652

* Änderungsanträge Bündnis 90/Die Grünen

Hinzu kommen die Finanzpolster, die Sarrazin auch diesmal in den inzwischen sattsam bekannten Titeln angelegt hat. Bei diesen milliardenschweren Polstern handelt es sich aus unserer Sicht nicht um Zufall oder Unkenntnis, sondern um bewusst falsche Veranschlagung.

Wie schamlos Rot-Rot die finanzielle Lage inzwischen verschleiert, zeigt am Klarsten der Nachtragshaushalt 2007: Nur sechs Wochen nach seiner Verabschiedung gibt der Senat zu, dass der Haushalt nicht mit einer Neuverschuldung von 174 Millionen Euro abschließen wird, sondern mit einem Überschuss von 70 Millionen Euro oder mehr.

Selbst in einen Haushalt, der zweieinhalb Monate vor Jahresende verabschiedet wurde, war also ein „Reptilienfonds“ von einer halben Milliarde Euro eingebaut, der zur Hälfte in die Verbesserung des Jahresergebnis (244 Mio. Euro) und zur anderen Hälfte in konsumtive Mehrausgaben geflossen ist!

Mehr/Weniger gegenüber Plan	2004	2005	2006	2007*	2008**	2009 **
Mehreinnahmen Wohnungsbauförderung	145	159	120	102	130	130
Minderausgaben Wohnungsbauförderung	64	92	88	47	30	30
Wohnungsbauförderung insgesamt	209	251	208	149	160	160
Mehreinnahmen Vermögensaktivierung	170	-4	56	57	48	16
Minderausgaben Zinsen	75	221	58	40	19	32
Minderausgaben Personal (Fluktuationseffekt)	67	45	-8	77	33	33
Minderausgaben Investitionen	279	157	137	98	100	100
Minderausgaben Bankgesellschaft	300	254	-9	0	0	0
Summe	1.100	924	442	421	360	341
Steuern & Finanzausgleich	43	-31	1.275	79	110	10
Gesamtsumme	1.143	893	1.717	500	470	351

* Status gegenüber Nachtragshaushalt 2007 (Rt.Nr. 850)

** Schätzung von Bündnis 90/Die Grünen

Diese Verschleierungspolitik, die dem Senat freie Hand für verdeckte Mehrausgaben gibt, wollen wir beenden.

Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen Sarrazins Verfügungsgelder definierten Zwecken zuführen, die vom Parlament beschlossen werden.

Grüne Gegenfinanzierung (in Mio. Euro)	2008	2009
1) Aus Sarrazins Verfügungsmasse	370,1	251,3
Steuern und Finanzausgleich	110,0	10,0
Vermögensaktivierung (Liegenchaftsfonds, Feuersozietät)	48,1	16,3
Wohnungsbauförderung (Ausgaben, Rückflüsse, Bürgschaften)	160,0	160,0
Personalkosten (Fluktuationseffekt)	33,0	33,0
Schuldendienst (Zinsen und Disagio)	19,0	32,0
2) Sonstige Sparmaßnahmen	18,7	19,8
Kürzung der IT-Ausgaben um 10%		

(ohne Großprojekte)	13,0	13,3
Übrige Ausgaben	5,7	6,5
Summe	388,8	271,1

Mit den Änderungen verfolgen Bündnis 90 /Die Grünen drei Ziele:

- Abbau des Sanierungsstaus und Investitionen für Umwelt- und Klimaschutz
- Mehr Chancengerechtigkeit und soziale Integration durch bessere Bildung
- Schulden am Kreditmarkt abbauen und Vorsorge für die Kosten der Risikoabschirmung treffen

Grüne Zukunftsinvestitionen (in Mio. Euro)	2008	2009
1) Investitionen für Umwelt und Klimaschutz	103,0	103,0
Erste Rate für das Sondervermögen "Klimaschutz"	50,0	50,0
4 Mio. Euro für Investitionen und Bauunterhalt an jeden Bezirk	48,0	48,0
Anpassung der Fahrzeuge der Verwaltung an die Umweltzone (insbesondere Polizei)	5,0	5,0
2) Soziale Integration durch Bildung	80,2	80,2
100% Unterrichtsversorgung an jeder Schule (150 Lehrerstellen)	9,0	9,0
15.000 Euro für jede Schule für außerschulische Angebote (Kultur, Sport, etc.)	11,3	11,3
5000 Euro für jede Schule als Fortbildungsbudget	3,7	3,7
Unbürokratische Kitacard für alle Kinder ab 3 Jahre (Teilzeitanspruch für Erwerbslose)	35,0	35,0
Arbeits-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote für alle jugendlichen Strafgefangenen	1,2	1,2
Verstärkung der Bezirksmittel für Erziehungshilfen	20,0	20,0
Summe	183,2	183,2

Sanierungsstau und Klimaschutz

Der Sanierungsstau der öffentlichen Gebäude wird vom Senat mit 1,6 Milliarden Euro beziffert. 430 Millionen Euro bei der BIM, 400 Millionen Euro bei den von SenStadt bewirtschafteten Gebäuden und 770 Millionen Euro bei den Bezirken (Rt. Nr. 233B). Unterlassene Instandhaltung ist aber keine Sparmaßnahme, sondern die teuerste Form der Verschuldung.

Gleichzeitig stehen wir vor der globalen Herausforderung, einer möglichen Klimakatastrophe zu entgehen. Was liegt näher als beide Aufgaben zu verbinden?

Mit dem von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Investitionsprogramm Klimaschutz können mit einem Fondsvolumen von 500 Millionen Euro folgende Ziele erreicht werden:

- CO2-Einsparung: Innerhalb von 20 Jahren werden etwa 14 bis 17 Millionen Tonnen eingespart.
- Kostenersparnis: Innerhalb von 20 Jahren werden über eine Milliarde Euro Energiekosten gespart.
- Arbeitsplätze: ca. 2150 Vollzeitarbeitsplätze in sieben Jahren vor allem im Handwerk.

Mit zwei Raten von je 50 Millionen Euro soll das Sondervermögen Klimaschutz gegründet werden. Für die restlichen 400 Millionen Euro müssen keine Haushaltsmittel mobilisiert werden. Wir wollen die nicht verausgabten Investitionsmittel am Jahresende Zug um Zug abschöpfen und dem Sondervermögen zuführen.

Die Bezirksansätze für Bauinvestitionen werden zweckgebunden um jährlich 48 Millionen Euro erhöht, damit die Bezirke Sanierungsmaßnahmen finanzieren können, die sinnvollerweise parallel zur Energiesanierung durchgeführt werden.

Außerdem veranschlagen wir 5 Millionen Euro pro Jahr für den Austausch der Polizeifahrzeuge, die die Kriterien der Umweltzone nicht erfüllen. Für jedes untaugliche Fahrzeug der Polizei wird auf freiwilliger Basis eine Gebühr von 400 Euro jährlich analog zur Ausnahmegenehmigung für private Fahrzeughalter an den Klimaschutzfonds abgeführt.

Soziale Integration durch Bildung

Wir stehen vor der Herausforderung, unsere Anstrengungen in Sachen Bildung zu verstärken, um die Arbeitslosigkeit in der Stadt mittelfristig zurückzudrängen. Der Haushaltsentwurf von Rot-Rot bleibt hinter den Notwendigkeiten weit zurück.

- Senator Zöllner ist es nicht gelungen, eine verlässliche Unterrichtsgarantie zu geben. Jede einzelne Schule muss aber 100% Unterrichtsversorgung gewährleisten können. Dafür müssen nach heutigem Stand 150 zusätzliche Lehrerstellen finanziert werden.
- Das Ziel, mehr Ganztagschulen zu schaffen, wackelt. Alle Schulen sollen Projektmittel in Höhe von 15.000 Euro zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung erhalten, um die Schulen für außerschulische Partner (Vereine, Jugendhilfe, Künstler etc.) zu öffnen. Dabei sehen wir den Schwerpunkt in der kulturellen Bildung.
- Erweiterte Eigenständigkeit heißt auch, die Personalentwicklung in die Verantwortung der Schulen zu geben. Ein Budget von 5.000 Euro pro Schule soll den Schulen die Möglichkeit gegeben, Fortbildungsangebote abgestimmt auf den Bedarf der Schule auf dem freien Markt zu nutzen.
- Das Antrags- und Bedarfsfeststellungsverfahren für den Kita-Gutschein ist zu restriktiv. Das Verfahren geht von der Arbeitssituation der Eltern aus und nicht vom Bedarf der Kinder. Wir wollen stattdessen, dass alle Kinder zu ihrem 3. Geburtstag einen Kita-Gutschein zugeschickt bekommen. Das Antragsverfahren entfällt. Wir rechnen damit, dass etwa die Hälfte der Familien, deren Kinder heute die Kita nur vier Stunden oder gar nicht besuchen, dieses Angebot wahrnehmen. Dabei würden Mehrkosten von rund 35 Millionen Euro entstehen.
- Bildungsangebote müssen auch die Jugendstrafanstalt erreichen. Die Finanzausstattung muss ermöglichen, dass jedem inhaftierten Jugendlichen ein Angebot für Beschäftigung, Qualifizierung oder schulische Bildung gemacht werden kann. Andernfalls ist das neue Jugendstrafgesetz das Papier nicht wert, auf dem es

steht. 400.000. Euro reichen dazu nicht aus. Zusätzlich 1,2 Millionen Euro sind mindestens erforderlich.

- In der Auseinandersetzung um die Hilfen zur Erziehung haben sich Senat, der Rat der Bürgermeister und Jugendstadträte so verheddert, dass nur noch die Ausstattung nach dem erwarteten Mindestbedarf (plus 20 Millionen Euro) einen Ausweg aus dem Dilemma bietet.

Schuldenabbau und Risikovorsorge

Wie sich der Senat die Abwicklung der Risikoabschirmung vorstellt, ist zunehmend rätselhaft. Ende 2009 ist vom Erlös aus dem Bankverkauf und der Stillen Einlage in Höhe von insgesamt 5,7 Milliarden Euro kein Cent mehr da!

400 Millionen Euro aus der Stillen Einlage wurden im Haushalt 2007 ausgegeben. 2008 verschwinden die restlichen 723 Millionen Euro aus der Stillen Einlage im Haushalt. Bleiben die 4,6 Milliarden Euro aus der Rücklage übrig.

Davon wurden 2,2 Milliarden Euro bereits 2007 für bislang nicht bekannt gegebene Kosten der Risikoabschirmung gezahlt. 1,8 Milliarden Euro sollen im Jahr 2008 aus der Rücklage in die Risikoabschirmung fließen. Ende 2009 werden laut Senat dann auch die restlichen 560 Millionen Euro aus der Rücklage verausgabt sein.

Rücklage Risikoabschirmung (in Mio. Euro)	2007	2008	2009
Ausgangsbstand Rücklage	4.597	2.377	559
2007, 2008, 2009 ausgegeben	-2.220	-1.818	-559
Inneres Darlehen 31.12. lt. Senat*	2.377	559	0
Zusätzlich Stille Einlage (Grüne)	723	723	723
Sondervermögen (Grüner Vorschlag)	3.100	1.282	723

*Rt. Nr. 802, Bericht 2 und Rt. Nr. 850

Dass in den Folgejahren nichts mehr nachkommt, glaubt kein Mensch. Wir wollen wenigstens noch die 723 Millionen Euro aus dem Haushalt 2008 für die Kosten der Risikoabschirmung retten.

Im Saldo aller Einnahmen und Ausgaben wird unser Vorschlag mehr Schulden abbauen als der Hauhaltsplan von Rot-Rot.

Tilgungsleistung (in Mio. Euro)	2008	2009
Tilgung am Kreditmarkt Rot-Rot	531	107
Vorsorge für Risikoabschirmung Rot-Rot	0	0
Rot-Rot Gesamt	531	107
Tilgung am Kreditmarkt Grüne	14	195
Vorsorge für Risikoabschirmung Grüne (Stille Einlage)	723	0
Grüne Gesamt	737	195
Grüne zusätzlich	206	88